

Die Karpaten – zwischen subregionaler Identitätssuche und EU-Osterweiterung

Eine Exkursion der Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas in die Heimat
Andy Warhols

von Stefan Troebst, Leipzig/Berlin

Im zentralen Teil des Karpatenzuges, den Waldkarpaten, grenzen fünf Staaten dicht aneinander – Polen, die Slowakei, Ungarn, die Ukraine und Rumänien. Die karpatischen Teile dieser Länder weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die sie zu einer Subregion Ostmitteleuropas machen: Die fünf multiethnischen, mehrkonfessionellen und vielsprachigen Peripherien, die sich bis 1918 sämtlich unter einem staatlichen Dach, demjenigen der Habsburgermonarchie, befunden haben, sind weit entfernt von den jeweiligen Hauptstädten; ihre Bevölkerungsstruktur ist vom Jahrhundertbeginn bis heute von gewaltigen Arbeitsmigrationswellen, seit den fünfziger Jahren von forciertter Industrialisierung samt Urbanisierung einschließlich massiver Zuwanderung von außen gekennzeichnet; die Modernisierung von Schwerindustrie und Infrastruktur sowie die Kapitalinvestitionen hinken bei unverändert großem Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten dramatisch hinter dem jeweiligen Landesschnitt hinterher, und entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit, entsprechend niedrig sind Durchschnittseinkommen und Lebensstandard. Aber auch die religiös-konfessionelle Struktur der Region mit der parallelen Präsenz von ukrainisch-orthodoxer, rumänisch-orthodoxer, römisch-katholischer, griechisch-katholischer („unierter“), lutherischer und reformierter Kirche sowie Judentum ist durch partielle Ähnlichkeiten geprägt, desgleichen die slawisch dominierte Sprachlandschaft mit ihren magyarischen, romanischen und anderen Anteilen. Besonders augenfällig sind in der ethnischen Gemengelage von Polen, Slowaken, Ungarn, Ukrainern, Rumänen, Deutschen, Juden, Armeniern, Russinen, Lemken, Huzulen und anderen Zahl und Verbreitung der Roma. Sie stellen hier die größte Agglomeration ihrer ethnischen Gruppe in Europa dar. Die Mehrheit lebt ohne Arbeit und ohne Ausbildungschancen in ghettoartigen Vorstadtslums wie „Lunik 9“ im ostslowakischen Košice oder „Radvanka“ im westukrainischen U•horod.

Mindestens genau so wirkungsmächtig wie diese Gemeinsamkeiten sind jedoch die Unterschiede zwischen den karpatischen Peripherien der fünf Staaten: Der Gegensatz zwischen der politisch instabilen Ukraine auf der einen und den NATO-Mitgliedern Polen und Ungarn auf der anderen Seite, desgleichen das eklatante Entwicklungsgefälle zwischen Rumänien und der Ukraine einerseits, den drei übrigen Staaten andererseits, haben diese Kernregion Ostmitteleuropas zu einer sicherheitspolitisch sensiblen Zone werden lassen. Auch sind in diesem multikulturellen Milieu die 1989/91 beginnenden Demokratisierungsansätze nicht nur von politischen, sondern auch von ethnischen

Gruppen zur Artikulierung ihrer Interessen genutzt worden – dies gilt besonders für die „Dornröschennation“ der Russinen, deren Aktivisten sich mit Sinn für Melodramatik zu den „Kurden Europas“ stilisieren. Seit der Wende ist diese vor allem in der Westukraine, Südostpolen und der Ostslowakei siedelnde Kulturnation in einem Politisierungsprozess begriffen, dessen Ergebnis derzeit offen ist. Zwar ist im gespannten Verhältnis zwischen russinischer Minderheit und ukrainischer Zentralregierung 1999 eine deutliche Deeskalation erfolgt, doch ist zugleich das Ergebnis eines 1991 von den Russinen initiierten Referendums über Territorialautonomie für den ukrainischen Landesteil Transkarpatien, dem 78% der Wahlberechtigten zugestimmt haben, von Kiev noch immer nicht umgesetzt.

Aber die eigentliche Zerreißprobe für die Region stellt die bevorstehende EU-Mitgliedschaft Polens und Ungarns sowie in zweiter Staffel der Slowakei und möglicherweise Rumäniens dar, beinhaltet die EU-Osterweiterung doch die Umwandlung zunächst der polnischen und ungarischen Außengrenzen in Schengen-Grenzen. Vor allem in der Ukraine, aber auch in Rumänien wächst die Furcht vor einem neuen, die Karpatenregion zerschneidenden „Eisernen Vorhang“. Die Einführung eines Visaregimes für ukrainische und rumänische Bürger durch die Slowakei im Mai 2000 wird dabei als erster Schritt in Richtung Abschottung aufgefasst. In den kommenden fünf bis 15 Jahren, so die Befürchtung zahlreicher Bewohner der Karpaten wie externer Beobachter, könnte der vormalige Graben zwischen den früheren ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten der UdSSR und der damaligen Ukrainischen Sowjetrepublik statt eingeebnet weiter vertieft werden. Eine von Brüssel ausgegrenzte Ukraine, so dieses Szenarium, könnte sich stärker an Moskau anlehnen und würde für die erweiterte EU zu einem unberechenbaren Nachbarn an einer dann über tausend Kilometer langen gemeinsamen Grenze. Um ein solches Auseinanderdriften der bis 1989 zwangsweise in RGW und Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Karpatenrainer zu vermeiden, haben Regierungen und Gebietskörperschaften der fünf Staaten schon 1993 die „Euroregion Karpaten“ gegründet. Sie umfasst heute eine Fläche von 155.000 Quadratkilometern, die von 16 Millionen Menschen bewohnt wird (www.carpathian.euroregion.org). Ihr Hauptziel, EU-Mittel für grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Handel, Umwelt und Tourismus sowie Katastrophenschutz einzufordern, konnte diese Euroregion aufgrund der intransigenten Haltung Brüssels bis 1998 gar nicht, seitdem nur in geringem Umfang realisieren.

Um den Stand subregionaler Kooperation, interethnischer Konflikte und sicherheitspolitischer Perspektiven in den Karpaten auszuloten, unternahmen 15 Studierende der Universität Leipzig unter der Leitung von Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas im Institut für Slawistik sowie stellvertretender Direktor des GWZO, im September 2000 eine 14-tägige Exkursion in die fünf Staaten der Region. Finanziell unterstützt wurde das Unternehmen von der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig, der Sächsischen Staatskanzlei und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst. Die Route führte in die neu gebildete südostpolnische Wojewodschaft Vorpommern, die Provinzen Prešov und Košice im Osten der Slowakei, das Gebiet Transkarpatien im äußersten Westen der Ukraine, die Kreise Baia Mare und Satu Mare in der Marmarosch-Region im Nordwesten Rumäniens sowie in die Komitate Szabolcs-Szatmár-Bereg und Borsod-Abaúj-Zemplén in Nordostungarn. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Regionalverwaltungen, Gebietskörperschaften, nationalen und regionalen Parlamenten, Bürgermeistern, Stadträten, Grenzschutzkommandos, Zoll, Grenzübergängen, Wirtschaftsbetrieben, Umweltschutzzstitutionen und -organisationen, Tourismusagenturen, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, ethnischen Gemeinschaften, Medien, Kirchen sowie Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Art wurde versucht, den Grad grenzüberschreitender Zusammenarbeit und regionaler Identität zu bestimmen.

Was die Einstellung staatlich-regionaler Akteure in den fünf Staaten betrifft, so überwogen hier klar die nationalen Divergenzen: Im zunehmend EU-kritischen Polen ist die Diskussion über die eigene Ukrainepolitik in vollem Gange – eine Entscheidung darüber, ob man den sperrigen Nachbarstaat abschreiben oder den Versuch zum Aushandeln von Sonderregelungen für die lange polnisch-ukrainische Grenze machen soll, ist noch nicht gefallen. In slowakischer Perspektive spielt die Karpatenkooperation keinerlei Rolle – hier setzt man ganz auf bilaterales Zusammenwirken mit Ungarn und Polen. In Rumänien kann der Zweckoptimismus bezüglich EU-finanzierter Gemeinschaftsprojekte mit dem zuvor wenig geschätzten ungarischen Nachbarn die Angst vor einem politischen und wirtschaftlichen Abgehängtwerden nur dürfzig verdecken. Die Blickrichtung Ungarns ist nahezu ausschließlich diejenige nach Westen – selbst die Existenz kompakter und zahlenmäßig starker ungarischer Grenzminderheiten in der Slowakei, der Ukraine und Rumänien ändert daran nunmehr wenig. Und die post-sowjetisch erstarrte Ukraine ist zu sehr mit ihren Strukturproblemen sowie innenpolitischen Konflikten befasst, als dass sie den drohenden Veränderungen an ihrer Westgrenze aktiv begegnete.

Deutlichster Beleg für die so unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen der fünf Staaten sind die stark divergierenden Grenzregime: Während die polnisch-slowakische und die slowakisch-ungarische Grenze zügigen Personen- und Warenverkehr zulassen, erinnert das Überschreiten der Grenzen der Ukraine nach Polen, in

die Slowakei und nach Ungarn noch immer an sowjetische Verhältnisse. Aber auch die ungarisch-rumänische Grenze wirkt auf beiden Seiten wie ein Relikt aus der Zeit vor 1989. In Rumänien wie in der Ukraine sind nicht nur Bürokratismus, Korruption und Beamtenwillkür, sondern gerade auch der fehlende Zugang zu verlässlichen Informationen über aktuelle Visabestimmungen, Zollformalitäten, Straßenbenutzungsgebühren und andere Hemmnisse für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen sowie internationale Investitionen. Die „Euroregion Karpaten“ hat hier von der Neuerrichtung einiger Übergänge für den kleinen Grenzverkehr abgesehen kaum positiven Effekt gezeigt, ja selbst die von ihr 1999 veröffentlichte offizielle „Tourist Map of the Carpathian Euroregion“ enthält hochgradig lücken- und fehlerhafte Angaben über die Benutzungsbedingungen der Grenzübergänge zwischen den fünf Staaten.

Diesen Hürden sowie der im Aufbau befindlichen „Brüsseler Mauer“ gegenüber fällt die Bindegabe subregionaler Kohärenzfaktoren nur wenig ins Gewicht. Dies gilt in besonderem Maße für die im Vergleich zu Fläche und Bevölkerungszahl anderer Euroregionen grotesk überdimensionierte und damit ineffektive „Euroregion Karpaten“ selbst. Entsprechend ist dieser Zusammenschluss zunehmend mit wesentlich stromlinienförmigeren, da kleineren Konkurrenz-Euroregionen auf seinem Territorium konfrontiert – so seit Mai 2000 mit der „Euroregion Košice-Miskolc“, deren Hauptziel der Bau einer Autobahn zwischen den beiden maroden Schwerindustriemetropolen im slowakisch-ungarischen Rostgürtel ist, sowie seit September 2000 mit der „Euroregion Oberer Pruth“, zu der sich das ukrainische Gebiet Černivci (Czernowitz), die rumänischen Kreise Botoșani und Suceava sowie die moldauischen Rayons Edinei und Bălți zusammengeschlossen haben. Es sind vor allem die genannten unterschiedlichen Orientierungen in der Außenpolitik Warschaus, Bratislavas, Budapests, Kievs und Bukarests, welche auf der regionalen Ebene die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der „Euroregion Karpaten“ behindern, gar torpedieren. Hinzu kommen die verschwommene Zielsetzung dieses multilateralen Zusammenschlusses, dessen bescheidene Befugnisse sowie seine gänzlich unzureichende Ausstattung mit Finanz- und Humankapital.

Im zivilgesellschaftlichen Bereich hat die „Euroregion Karpaten“ bislang kaum Gegenstücke gefunden. Eine 1994 auf slowakische Initiative hin gegründete „Association of the Carpathian Region Universities“ (ACRU) mit 29 Vollmitgliedern in den fünf Karpatenstaaten sowie assoziierten Mitgliedern in Großbritannien und den USA setzt zwar auf den „Überfluss an intellektuellem Kapital dank der relativ hohen Zahl an Universitäten und Forschungsinstituten“ in der Region, ist jedoch mangels Geldmitteln ein loses Netzwerk geblieben, das über den universitären Bereich kaum hinauswirkt (acru.tuke.sk). Angesichts der Schwäche staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in den Karpaten ist die Tätigkeit einer extern initiierten Institution um so bedeutsamer, nämlich der 1994 gegründeten „Carpathian Foundation“ (www.carpathianfoundation.org).

Diese Stiftung, die mittels *re-funding* eine große Zahl kleiner und mittelgroßer Projekte aus den Bereichen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, interethnische Kooperation und Vertrauensbildung, Erhalt des regionalen kulturellen Erbes, Stärkung kommunaler Selbstverwaltung sowie Entwicklung des Tourismus und Reaktivierung ländlicher Gebiete fördert, erhält mehr als 90% ihres Budgets in Höhe von 2,3 Millionen US-\$ von nordamerikanischen Stiftungen. Ziel der Projektförderung ist es, die Herstellung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen und sozialer Stabilität sowie wirtschaftlichen Fortschritt in der Region zu unterstützen. Selbst für Sándor Kóles, den Direktor der „Carpathian Foundation“ – der wie alle übrigen Mitarbeiter aus der Region stammt –, ist dabei schwer erklärlich, warum die Karpaten zwar in den USA, kaum hingegen im Europa der EU als Region betrachtet werden, deren Übergang zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft der Förderung von außen bedarf. Credo der „Carpathian Foundation“ ist die Unterstützung lokaler *community-buildings* und die Stärkung subregionaler Identität. Diesbezüglich setzt man ganz gezielt auf die Wiederbelebung regionaler Traditionen in Handwerk, Folklore, Musik, Küche, Forst- und Landwirtschaft sowie nicht zuletzt im Weinbau. Hinzu kommt die Förderung des kollektiven Gedächtnisses der Region durch Pflege und Erhalt von Erinnerungsstätten wie historischen Gebäuden, Kirchen, Friedhöfen und Schlachtfeldern, aber auch durch den Plan des Verfassens einer Geschichte der Karpatenregion, deren Autoren sämtlich Historiker aus den fünf Anrainerstaaten sein sollen.

Das zarte Pflänzchen grenzüberschreitender Kooperation samt subregionaler Identifikation ist in den Karpaten trotz der skizzierten national-egoistischen Tendenzen in den Hauptstädten also stellenweise durchaus zu entdecken. Die pragmatische und ergebnisorientierte Tätigkeit der „Carpathian Foundation“ sowie das – nicht ganz so zielgerichtete – Wirken der „Euroregion Karpaten“ sind Belege dafür. Hinzu kommen eine Reihe von Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene. So haben Polen und die Ukraine gemäß deutsch-dänisch-polnischem Vorbild ein gemeinsames Bataillon mit Englisch als Kommandosprache aufgestellt. Desgleichen haben Polen und die Slowakei im Zuge des infrastrukturellen Ausbaus ihrer bilateralen Grenzübergänge auf die Errichtung getrennter Grenzabfertigungsanlagen verzichtet und jeweils einen gemeinsamen Gebäudekomplex errichtet. Die im ukrainischen Transkarpatien und im rumänischen Marmarosch liegenden Gebietskörperschaften, die bislang lediglich durch zwei kaum befahrene Bahnlinien und einen LKW-Grenzübergang verbunden waren, bauen derzeit mit Mitteln der PHARE- und CREDO-Programme der EU die 1945 gesprengte Theißbrücke zwischen den Städten Sighethu Marmařie und Solotvyna wieder auf, so dass ab 2001 auch Fußgänger und Autofahrer von einem Land ins andere kommen können. Aus demselben Brüsseler Topf wird auch ein anderes rumänisch-ukrainisches Projekt, das Biosphärenreservat „Marmarosch-Berge“, finanziert. Und Umweltkatastrophen wie die Zyanidverseuchung von Samosch,

Theiß und Donau, verursacht durch die australische Goldbergwerksfirma S. A. „Aurul“ im nordwestrumänischen Baia Mare im Frühjahr 2000, haben das Bewusstsein für grenzüberschreitenden Naturkatastrophen- und Umweltschutz auch in den fernen Hauptstädten gesteigert. Jüngste Folge davon ist das Informations-, Mess- und Vorwarnnetzwerk „Oberes Theißtal“, dem Rumänien, die Ukraine, die Slowakei und Ungarn angehören.

Ein gleichfalls subregional integrierend wirkender Faktor ist auch die griechisch-katholische Kirche, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre durch sowjetisches Diktat in der gesamten Region verboten wurde. Seit Beginn der neunziger Jahre kommt den reorganisierten „Unierten“ eine gesamtkarpatische Brückenfunktion zu. Ähnliches gilt auch für die ethnische Gemeinschaft der Russinen, die in ihrem Bemühen um grenzüberschreitende Identitätsfindung nicht nur kulturelle, konfessionelle und sprachliche, sondern gerade auch regionale Faktoren betont. Dies gilt vor allem für eine russinische Identifikationsfigur, deren karpatische Herkunft außerhalb der Region so gut wie unbekannt ist: Die Pop-Art-Ikone Andy Warhol, dessen Eltern aus dem ostslowakischen Miková in die USA emigrierten, wird im „Andy-Warhol-Museum für moderne Kunst“ in der Kleinstadt Medzilaborce als Ur-Russine und damit zugleich Proto-Karpaten zelebriert. Als Begründung dient neben Warhols Herkunft auch seine Farbwahl, welche der Farbenpalette regionaler Trachten und Stickereien (!) entsprechen soll.

Schließlich ist noch ein ganz spezifischer Beleg grenzüberschreitender Regionalidentifikation zu nennen: Russinen, Ungarn und Roma im ukrainischen Gebiet Transkarpatien verwenden im privaten Umgang die von ihnen so genannte „europäische Zeit“, also die MEZ, wie sie in Ungarn, der Slowakei und Polen gilt, nicht hingegen die als eurasisch empfundene, um eine Stunde versetzte „Kiever Zeit“. Das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa – auch wenn man sich von diesem vergessen glaubt – ist am karpatischen Rand deutlich stärker als im Zentrum. Ungeachtet der vielfältigen konfessionellen, ethnischen und sozialen Spannungen gibt es daher in der Karpatenregion einen Grundkonsens darüber, dass Konflikte „auf europäische Art“, also gewaltfrei, auszutragen sind. „Hier ist nicht Bosnien!“ ist mittlerweile ein geflügeltes Wort in der Region, und zweifellos ist die lange Tradition interethnischen Ausgleichs und gewaltfreier Konfliktaustragung eine subregionale Charakteristik – einerseits. Andererseits aber: Welcher Südosteuropaexperte, gar welcher bosnische Kroate, Muslim oder Serbe hätte sich vor zehn Jahren vorstellen können, was im Zeitraum 1992–1995 im bis dahin ebenso multiethnischen wie friedlichen Bosnien und Herzegowina geschehen ist? Nicht zuletzt aus diesem Grund ist größere Aufmerksamkeit gegenüber der Karpatenregion angebracht – vor allem aber stärkere Förderung.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des ebenfalls in Leipzig befindlichen außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.